



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Aussichten des preußischen Landtags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Aussichten des preussischen Landtags.

Die Auspicien, unter denen der preussische Landtag dieses Mal zusammengetreten, sind von denen des vorigen Jahres ungemein verschieden. Sowohl die inneren Verhältnisse des preussischen Staats, wie die Beziehungen zum Auslande, welche für uns in demselben Maße einflussreicher geworden sind, in dem die Bedeutung Preußens in der europäischen Politik gewachsen, bieten gegen den Herbst 1868 ein verändertes Bild dar. Die Gefahr einer auswärtigen Diverston des zweiten Kaiserreiches ist, wenn nicht beseitigt, so doch in eine nicht abzusehende Zukunft gerückt; südlich vom Main wird die Nothwendigkeit des Anschlusses an den norddeutschen Bund bis in die Kreise hinein anerkannt, die sonst als Mittelpartei eine ablehnende Stellung einzunehmen gewohnt waren, und die letzten Tage haben von einer Annäherung an Oestreich zu berichten gewußt, die vielfach mit einem Verzicht der Preussischen Politik auf Einmischung in die süddeutsche Frage in Verbindung gebracht worden ist. Wenn auch in letzterer Beziehung zweifellos dafür gesorgt ist, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, so erscheint doch schon die bloße Möglichkeit, Oestreich für eine veränderte Auffassung der seit 1866 geschaffenen Lage zu gewinnen, als erheblicher Fortschritt gegen die gespannte Situation, welche vor zwölf Monaten vorlag, und die Berathungen der preussischen Volksvertretung werden von jeder PreSSION auswärtiger Schwierigkeiten frei sein.

Minder erfreulich sind die Vorgänge, welche sich seit dem vorigen Jahre auf dem Gebiete unseres inneren Staatslebens vollzogen haben. Die drei großen parlamentarischen Körper, welche einander in Berlin ablösen, stehen naturgemäß in engem Zusammenhang. Von den legislativen Arbeiten, welche dem vorjährigen Landtage bestimmt waren, ist keine zum Abschluß gekommen und ebenso haben die Sesssionen des Reichstags und Zollparlaments keine Erfolge aufzuweisen, welche das Vertrauen auf eine glückliche Erledigung der dieses Mal vorliegenden Probleme zu befestigen geeignet wären. Das vollständige Scheitern der Finanzpläne, mit denen Herr

v. d. Heydt vor den Reichstag trat und für welche er mit Mühe und Noth sechszehn Stimmen gewann, haben jener Session ihre Signatur aufgedrückt, nicht die erfolgreichen Arbeiten, denen das neue Gewerbegesetz zu danken ist. Als vollends die für das Zollparlament in Aussicht genommene Tarifsreform ebenfalls scheiterte, war der allgemeine Eindruck ein höchst niederschlagender. Man mußte sich nicht nur sagen, daß nach den gemachten Erfahrungen alle Chancen für eine Deckung des Deficits durch den Landtag fehlten, sondern zugleich fürchten, daß die Unwahrscheinlichkeit einer Verständigung über diesen Punkt ihre trüben Schatten auf die übrigen Vorlagen und deren Bearbeitung werfen werde. Diese pessimistische Auffassung lag umso näher, als der dauernde Urlaub, den Graf Bismarck genommen, der Regierung den einzigen Hebel entzog, welcher mit Aussicht auf einigen Erfolg angelegt werden konnte, und gleichzeitig der Annahme Vorschub geleistet wurde, daß die Herren v. d. Heydt, v. Mühler und Graf Eulenburg von dem Ministerpräsidenten ebenso aufgegeben worden seien, wie vom Parlament.

Seitdem sind einige Monate über das Land gegangen und die Eindrücke, unter denen man sich am Ausgang der parlamentarischen Saison trennte, sind hier insoweit abgeblaßt, daß man die kommenden Dinge nicht mehr ausschließlich durch das Medium ihrer Antecedentien ansieht. Das Maß der finanziellen Forderungen, mit denen die Regierung vor das Land treten wird, hat sich durch unerwartete oder, richtiger gesagt, nicht gehörig vorausberechnete Erhöhung der Einnahmen vermindert, und wenn diese Verminderung auch nicht so beträchtlich ist, daß die veränderte Quantität den „Umschlag“ in eine veränderte Qualität bedeutete, so läßt sich doch absehen, daß diese Schwierigkeiten nicht so unübersteigbar sein werden, als es vor sechs und vor acht Monaten den Anschein hatte. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich bereits sehr viel weniger mit der Finanzfrage als mit den Vorlagen, welche Graf Eulenburg und Herr v. Mühler ausgearbeitet haben, um ihre dem Abgeordnetenhaus gegebenen Versprechungen einzulösen. Nicht nur soll das gescheiterte Schulgesetz dem Hause in vermehrter und verbesserter Auflage vorgelegt werden, die neue Kreisordnung, welche sich im vorigen Jahre nur am Horizont zeigte und wieder verschwand, ist vollständig ausgearbeitet und soll in manchen Stücken noch über die Vorlage hinausgehen, welche unter den Auspicien des Grafen Schwerin zur Zeit der neuen Aera begraben wurde.

Daß beide Gesetzesvorschläge zur Annahme gelangen, wird wohl auch von den kühnsten Optimisten nicht gehofft. Die Klust, welche zwischen den Anschauungen des gegenwärtigen Cultusministers und der liberalen Majorität des Hauses besteht, ist zu breit und zu tief, als daß ihre Ueberbrückung durch ein Schulgesetz im Bereich des Wahrscheinlichen liegen könnte. Eine gewisse

Gemeinsamkeit in den Grundanschauungen ist die nothwendige Voraussetzung jedes ernst gemeinten Verständigungsversuchs und gerade diese ist es, die fehlt. Uns bleibt darum nur zu hoffen übrig, daß die Verhandlungen über diese Vorlage von den liberalen Parteien dazu benutzt werden, die Schlappe, die sie im vorigen Jahre erlitten, wieder auszuweken. Dazu ist vor Allem nothwendig, daß man dem Minister nicht zum zweiten Male in ungezügelter Eifer auf das Messer laufe, sondern die vorhandenen Kräfte planmäßig und unter Beobachtung wirklicher Disciplin ins Treffen führe, und zweitens, daß man sich nicht mit allgemein gehaltenen Resolutionen begnüge, sondern die Fähigkeit beweise, im Einzelnen genau anzugeben, was man will und was man kann. Geschieht das nicht, zerreißen die unaufhaltsamen Fluthen liberaler Beredsamkeit wiederum alle Dämme und Ufer, so wird man, wie es im vorigen Jahre thatsächlich geschehen, die erschütterte Position des Cultusministers aufs neue befestigen, den Conservativen zum zweiten Male Gelegenheit bieten, sich bei den liberalen Parteien für die guten Dienste zu bedanken, die sie dem gegenwärtigen Ministerium erwiesen. Freilich begünstigt die von den Demokraten festgehaltene alte Geschäftsordnung das maßlose Sprechbedürfniß derer, denen es vornehmlich darum zu thun ist, von der Entschiedenheit ihrer antiministeriellen Gesinnung Zeugniß abzulegen, so entschieden, daß es energischer Anstrengungen bedürfen wird, um die Wiederholung der Calamität vom December vorigen Jahres zu vermeiden. Es wäre darum nicht unrathsam, die Geschäftsordnungsfrage noch einmal zur Discussion zu bringen. An Argumenten gegen die bestehende Ordnung kann es denen nicht fehlen, die irgend Gedächtniß haben, sei es auch nur für die Geschichte der letzten zwölf Monate.

Günstigere Ausichten als das Mühler'sche Schulgesetz hat die neue Kreisordnung, mit der Graf Eulenburg vor dem Hause erscheinen will. Was wir bisher über dieselbe wissen, bestätigt zwar, daß wir es auch dieses Mal mit einem Baum ohne Wurzeln, d. h. mit einer Kreisordnung zu thun haben werden, welche dem Bedürfniß nach Reorganisation der Gemeinden und Dorfschaften nicht Genüge thut und überdieß des Abschlusses durch eine Provinzialverfassung entbehrt, aber die Grundzüge dieser Bill bieten hinreichenden Boden für eine Verständigung, vorausgesetzt, daß dieselbe von beiden Seiten ernst gewollt ist. Und an diesem Wollen zu zweifeln, haben wir keinen Grund. Es ist ein beachtenswerthes Zeugniß für die Wandlung, welche sich allen Phrasen von der Unbeugsamkeit des conservativen Princips zum Troß in den Regierungskreisen vollzogen hat, daß ein vom Grafen Eulenburg eingebrachter Gesetzentwurf die Grundsätze adoptirt, von denen — es ist noch nicht zehn Jahr her — Graf Schwerin ausgegangen war, ja daß er in manchen und nicht unwesentlichen Punkten über

dieselben hinausgeht. Die liberale Partei hat Ursache genug, sich dem Gewicht dieser Thatsache nicht zu verschließen, denn dieselbe läßt zweifellos erscheinen, daß der Regierung dieses Mal ernstlich an einer Verständigung und am Zustandekommen des Gesetzes gelegen ist. Damit ist zugleich gesagt, daß auf einer en-bloc-Annahme nicht bestanden werden wird und daß man sich bereit finden werde, mit Concessionen im Einzelnen bis an die Grenze des Möglichen zu gehn.

Die Zeiten, in denen die Weigerung, dem gegenwärtigen Ministerium zum Zustandekommen eines Gesetzes zu verhelfen, liberales Lösungswort war, sind zu gründlich vorüber, als daß wir irgend bezweifeln könnten, das Abgeordnetenhaus werde seinerseits zögern, das Entgegenkommen der Regierung zu achten. Auch hier wird es nöthig sein, in positiver und produktiver Weise vorzugehen und die Lücken, die man in die Vorlage reißt, sofort auszufüllen. Selbst vom Erfolg abgesehen, muß den liberalen Parteien daran gelegen sein, ihre Regierungsfähigkeit von Jahr zu Jahr deutlicher zu beweisen und auf diese Weise die Zeit des conservativen Regiments zur Entwicklung der eigenen Kräfte, zur Klärung, Befestigung und Präcisirung des Programms zu nützen, das noch vor einigen Jahren ein verschwommenes Nebelbild war und bei jeder Berührung mit der Wirklichkeit Fiasko machte. Gerade für die neue Kreisordnung liegen so zahlreiche und so gründliche Vorarbeiten vor, daß die Hoffnung gerechtfertigt erscheint, man werde sich bei Behandlung dieser Frage vollständig gerüstet und fertig zeigen, die von der Regierung adoptirten Grundsätze in ihrer wahren Consequenz durchzuführen und beweisen, daß man mehr als eine bloße Oppositionspartei sei.

Eine Klippe bleibt freilich noch stehen: das Herrenhaus. Muß schon die gegenwärtige Gestalt der ministeriellen Vorlage dort Kopfschütteln und Bedenken erregen, wie viel mehr die Form, in der das Gesetz aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgehen wird. Kommt die neue Kreisordnung aber lediglich durch die Schuld des Herrenhauses nicht zu Stande, so wird es sich fragen, ob das ein Verlust für die liberale Partei ist. Das gegenwärtige Ministerium, so gering auch die Hoffnungen sind, die wir im Uebrigen auf die innere Politik desselben setzen, würde dadurch mit Nothwendigkeit nach links geschoben und vielleicht gezwungen, die Macht, deren Gebrauch sonst in anderer Richtung geübt wurde, gegen das Herrenhaus zu kehren, eine Umgestaltung desselben mindestens vorzubereiten. Dieser Erfolg wäre größer als irgend ein anderer, ja selbst als ein Ministerwechsel. Und auch wenn es dazu nicht kommt, ständen die Chancen nach dem Zustandekommen eines Gesetzes, welches wesentlich das Gepräge des andern Hauses trägt, ungleich günstiger als vorher.